



Geschäftsführung Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

Herr Schnitzler

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: norbert.schnitzler@stadt-koeln.de

Datum: 22.01.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 12.01.2010, 14:05 Uhr bis 17:30 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Yvonne Gebauer	FDP	anwesend von 14.51 Uhr bis 17.30 Uhr
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP	anwesend von 14.05 Uhr bis 14.50 Uhr
Herr Frank Schneider	SPD	
Herr Bernd Schöppe	pro Köln	
Herr Henk van Benthem	CDU	anwesend von 14.05 Uhr bis 16.50 Uhr
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Frau Cornelia Herbers	CDU	anwesend von 14.05 Uhr bis 16.40 Uhr
Frau Hildburg Holländer	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	
Herr Stefan Fischer	GRÜNE	
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE	anwesend von 14.05 Uhr bis 16.45 Uhr

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Löwisch auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln anwesend von
14.05 Uhr bis 17.10
Uhr

Herr Thor-Geir Zimmermann

DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Ulf Florian

auf Vorschlag der SPD

Herr Joachim Geyszel

auf Vorschlag der CDU

Herr Heinz Klein

auf Vorschlag der CDU

Frau Renate Domke

auf Vorschlag der Grünen (originär FDP)

Herr Helmut Metten

auf Vorschlag der Grünen

Herr Georg Scheferhoff

auf Vorschlag der Grünen

Herr Bernd Fieber

auf Vorschlag der pro Köln

Herr Berthold Bronisz

DIE LINKE

Presse

Zuschauer

Verwaltung und Niederschrift:

Herr Schnitzler

Verwaltung:

32, Herr Götting

51, Herr Völlmecke

324, Herr Frenzke

67, Herr Dr. Bauer

4512, Frau Spiegel

48, Frau Dr. Brixius

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1 Mitteilungen

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Eingabe für die Änderung der Planung des Rheinboulevards (Az.: 02-1600-51/09)
3636/2009

3.2 Eingabe zur Planung des Rheinboulevards (02-1600-57/09)
4118/2009

3.3 Eingabe zum Nichtraucherschutz (Az.: 02-1600-86/09)
5191/2009

I. Öffentlicher Teil

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich Frau Schlapka, die in der Sitzung des Rates am 17.12.2009 zur sachkundigen Einwohnerin benannt wurde, im Krankenhaus befindet.

Er wünscht ihr auf diesem Wege im Namen aller Ausschussmitglieder gute Besserung.

1 Mitteilungen

- keine -

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

Nachfolgeregelung bei der Geschäftsstelle des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden.

Frau Schultes fragt nach, ob mittlerweile eine Nachfolgeregelung für den bald ausscheidenden Sachbearbeiter bei der Geschäftsstelle des Ausschusses getroffen sei.

Herr Schnitzler antwortet, dass ihm in dieser Hinsicht nichts bekannt sei.

Herr Kretschmer beantragt, dass die Verwaltung bei der nächsten Sitzung darlegen soll, welche Überlegungen es in dieser Hinsicht gibt.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden unterstützen die anderen Ausschussmitglieder diesen Vorschlag einstimmig.

2.2 Schriftliche Anfragen

- keine -

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Eingabe für die Änderung der Planung des Rheinboulevards (Az.: 02-1600-51/09) 3636/2009

Beratungsverlauf:

Ein Vertreter der Antragsteller erläutert ausführlich die Eingabe. Er betrachtet die Eingabe als „eine Anregung für Köln“. Aus seiner Sicht sollte man den Dialog zwischen Verwaltung und den Bürgern auch bei der weiteren Planung fortsetzen. Er vertritt die Auffassung, dass eine Erhaltung des Dammes mit den Bäumen die Umsetzung der bisherigen Planungen nicht behindert. Anschließend erläutert er die historische Chronik des ehemaligen Bahndammes. Er fordert, die Planungen dahin gehend zu ändern, dass das Denkmalensemble mit der Gartenanlage von Adolf Abel erhalten bleibt. Die Grünanlage sollte nach Adolf Abel benannt und unter Denkmalschutz gestellt werden. Ferner soll eine Hinweistafel aufgestellt werden, die auf die Besonderheit des Ortes hinweist.

Herr Dr. Bauer, 67 Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, nimmt Stellung zu den Planungen. Er macht deutlich, dass bei den Planungen des Projektes der Dialog mit allen Betroffenen -insbesondere mit den Bürgern vor Ort- von der Verwaltung sehr ernst genommen wurde. Im Rahmen des Wettbewerbs im Zusammenhang mit den Planungen habe es verschiedene Beteiligungsverfahren gegeben, bei denen die Bürger und auch die Antragsteller Anregungen einbringen konnten; seitens der Antragsteller seien keine Einsprüche gekommen. Hierzu entgegnet der Vertreter der Antragsteller, dass sich der Rheinische Verein für Denkmalschutz und Landschaftspflege bei einer Vorstellung der Planungen im Stadthaus Deutz sehr wohl zu den Planungen geäußert habe.

Auf Fragen von Frau Schultes, Herrn Ciesla-Baier und Herrn Kretschmer gibt Herr Dr. Bauer Informationen zu Detailplanungen und zum geplanten Wegfall von Bäumen im Rahmen der Baumaßnahme. In diesem Zusammenhang führt er aus, dass ein ökologisches Gutachten die Ausgleichsmaßnahmen für die entfallenen Bäume regelt; das Gutachten würde sich dabei nicht nur auf die Bäume beziehen, sondern z.B. auch die Ufervegetation oder das Vorkommen seltener Tierarten berücksichtigen.

Auf Frage von Frau Kirchmeyer bestätigt Herr Dr. Bauer, dass die Verwaltung beim Umbau des Geländes auch die Planungen für das Lufthansahochhaus berücksichtigt.

Frau Spiegel, Römisch-Germanisches Museum, erläutert die Situation der Bodendenkmäler. Sie führt aus, dass bei archäologischen Grabungen Teile des römischen

Nordwestturms mit seiner preußischen Ummantelung („Schinkenkessel“) gefunden und unter Denkmalschutz gestellt wurden. Im Rahmen der Neugestaltung des Uferbereiches wird dieses Denkmal wieder sichtbar sein. Auf Frage von Herrn Schöppe erklärt sie, dass für alle aufgefundenen Bodendenkmäler ein Erhaltungsvorbehalt gilt.

Frau Dr. Brixius, 48 Konservator, nimmt Stellung zur Denkmalwürdigkeit der von Adolf Abel gestalteten Gartenanlage mit der übrig gebliebenen Uferbefestigung. Insbesondere wegen fehlender Symmetrie und fehlender Axialität könnten die Reste der Abelschen Anlage -auch nach Meinung des Landeskonservators- nicht mehr als denkmalwürdig eingestuft werden, zumal der Architekt bei seinen Entwürfen besonderen Wert auf Symmetrie gelegt habe.

Herr Kretschmer spricht sich zu Punkt 1 der Eingabe (Änderung der Planungen) für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus, hinsichtlich der Forderungen zu 2. (Denkmalschutz für die Grünanlage und Benennung nach Adolf Abel) und zu 3. (Hinweistafel) soll die Eingabe zuständigkeitshalber an die Bezirksvertretung Innenstadt überwiesen werden.

Herr Ciesla-Baier, Frau Holländer und Frau Kirchmeyer unterstützen diesen Vorschlag.

Auf Frage von Herrn Schöppe erläutert Herr Dr. Bauer, dass die derzeitigen Planungen komplett geändert werden müssten, wenn die Vorstellungen der Antragsteller zur Forderung 1 realisiert werden sollten.

Herr Thelen macht deutlich, dass er die Planungen für den Rheinboulevard schon seit Jahre verfolgt habe. Er habe zu keiner Zeit eine deutliche oder begründete „Gegenwehr“ zu den Planungen festgestellt. Auch viele Fachleute würden in den Planungen eine deutliche Verbesserung der Situation sehen. Er bescheinigt der Verwaltung in diesem Fall ein beispielhaft gutes Beteiligungsverfahren. Er regt an, beim Beschlussvorschlag der Verwaltung auf den letzten Teil des Satzes (...zumal...einzubringen.) zu verzichten.

Anschließend lässt der Vorsitzende auf Wunsch von Herrn Schöppe über die drei Forderungen der Antragsteller einzeln abstimmen:

Forderung 1 (Änderung der Planungen): mehrheitlich gegen die Stimme von pro Köln dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zugestimmt

Forderung 2 (Denkmalschutz Gartenanlage, Verweisung an BV Innenstadt): einstimmig zugestimmt

Forderung 3 (Hinweistafel, Verweisung an BV Innenstadt): einstimmig zugestimmt
Anschließend lässt der Vorsitzende über den gesamten geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Antragstellern für ihr Interesse.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, den Rheinboulevard entsprechend den vom Rat beschlossenen Planungen zu realisieren. Hinsichtlich der Punkte 2 (Denkmalschutz und Benennung der Grünanlage nach Adolf Abel) und 3 (Hinweistafel) wird die Eingabe zuständigkeithalber der Bezirksvertretung Innenstadt zur Entscheidung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von pro Köln

**3.2 Eingabe zur Planung des Rheinboulevards (02-1600-57/09)
4118/2009**

Beratungsverlauf:

Eine Vertreterin der Antragsteller erläutert die Eingabe. Zur weiteren Argumentation verteilt sie ein Schriftstück an die Ausschussmitglieder, welches allerdings Forderungen enthält, die über die eigentliche Eingabe hinausgehen. In ihrem Vortrag bezieht sie sich insbesondere auf die im Rahmen der Baumaßnahme zu fällenden Bäume und befürchtet eine jahrelange Belästigung durch die Baumaßnahmen.

Herr van Benthem stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung dahingehend, dass das Thema „Bäume“ nicht mehr diskutiert wird, da die Verwaltung im vorhergehenden Tagesordnungspunkt sehr ausführlich zu diesem Thema Stellung genommen hat. Dieser Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimme von pro Köln angenommen.

Herr Frenzke, 32 Amt für öffentliche Ordnung, erläutert, wie die Verwaltung mit möglichen ordnungswidrigen Störungen auf der künftigen Treppenanlage umgehen wird.

Herr Dr. Bauer erklärt, dass die Verwaltung zusammen der AWB für diesen Bereich auch schon ein Reinigungskonzept konzipiert habe. Er ergänzt noch den Vortrag von Herrn Frenzke dahin gehend, dass die künftige Treppenanlage als öffentliches Stra-

ßenland gewidmet wird, damit ordnungsrechtliche Maßnahmen besser durchgesetzt werden können.

Anschließend lässt der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Antragstellern für ihr Interesse.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, den Rheinboulevard entsprechend den vom Rat beschlossenen Planungen zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme von pro Köln

**3.3 Eingabe zum Nichtraucherschutz (Az.: 02-1600-86/09)
5191/2009**

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller erläutert ausführlich seine Eingabe. Er führt aus, dass eine Studie ergeben hat, dass ein Großteil der Bevölkerung rauchfreie Gaststätten wünscht. Er stimmt zu, dass das Nichtraucherschutzgesetz NRW zwar „löcherig“ ist, die Verwaltung habe aber bestimmte Normen, die sie streng überwachen könnte; die Verwaltung habe dabei Ermessen, wie streng sie gegen verschiedene Verstöße vorgeht. Vor allen Dingen möchte er, dass die Verwaltung bei Verstößen auch unmittelbar gegen die Raucher und nicht nur gegen die Betreiber vorgeht. Seiner Meinung nach würde es sich für die Stadt rechnen, wenn mehr Personal für die Kontrolle der Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes eingesetzt würde.

Herr Götting, 32 Amt für öffentliche Ordnung, nimmt Stellung für die Verwaltung. Er erläutert, wie schwierig es für die Verwaltung u.a. aus personellen Gründen ist, flächendeckend alle Gastronomiebetriebe zu überwachen. Darüber hinaus gäbe es zu viele Ausnahmeregelungen und „rechtliche Schlupflöcher“ (Brauchtumsveranstaltung, Raucherräume, Raucherclubs, kleine Gaststätten), die eine Verfolgung von Verstößen ungemein schwierig machten. Aus seiner Sicht ist es auch schwierig, -wie vom Antragsteller vorgeschlagen- ordnungsbehördlich gegen die Gäste vorzugehen, da Gäs-

te darauf vertrauen würden, dass sie sich ordnungsgemäß verhalten, wenn der Betreiber Rauchen gestattet. Weiterhin erläutert er, dass die Verwaltung von sich aus künftig viele Fälle dem Verwaltungsgericht vorlegen wird, um durch die Urteile mehr Rechtssicherheit zu bekommen. Anschließend beantwortet Herr Götting noch Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Holländer regt an, den Beschlussvorschlag der Verwaltung dahin gehend zu ergänzen, dass angeregt werden soll, verstärkt stichprobenweise Kontrollen durchzuführen.

Herr Kretschmer weist darauf hin, dass auch nach seiner Einschätzung nur in wenigen Gastronomiebetrieben das Nichtraucherschutzgesetz rechtskonform gehandhabt wird. Alle Betriebe und Gäste müssten in diesem Zusammenhang gleich behandelt werden. Er regt an, die Eingabe an den AVR zu überweisen, die Verwaltung soll dort eine Statistik hinsichtlich der Kontrollen vorlegen.

Herr Scheferhoff vertritt die Auffassung, dass die Verantwortung der Betreiber durch die Art und Weise des Vorgehens der Verwaltung stark strapaziert wird, allerdings sollte die Verwaltung bei Verstößen höhere Strafen festsetzen. Herr Götting antwortet, dass das Nichtraucherschutzgesetz die Gastwirte in der Verantwortung sieht.

Herr van Benthem weist darauf hin, dass er im Zusammenhang mit der Handhabung des Nichtraucherschutzgesetzes in vielen Fällen eine gewisse Toleranz der Nichtraucher vermisst. Er fordert, dass das Land NRW das Gesetz konkreter und greifbarer gestaltet.

Frau Gebauer unterstützt eine Verweisung an den AVR. Sie fordert, insbesondere bei wiederholten Verstößen den Bußgeldrahmen nach oben hin auszuschöpfen.

Herr Schneider vertritt die Auffassung, dass das Ordnungsamt bei Kontrollen ordnungsgemäß vorgeht; allerdings sollten die Gastronomiebetriebe hinsichtlich des Nichtraucherschutzgesetzes korrekt ausgezeichnet sein.

Herr Zimmermann führt aus, dass auch nach seinen Feststellungen die Umsetzung des Nichtraucherschutzgesetzes in den Betrieben nicht ordnungsgemäß läuft.

Anschließend fasst der Vorsitzende die Redebeiträge zusammen und lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Darstellung der Verwaltung zur Kenntnis und verweist die Angelegenheit an den AVR mit der Bitte, sich mit der Problematik und der Anregung, verstärkt stichprobenweise Kontrollen zur Durchsetzung des Nichtraucherschutzes durchzuführen, zu befassen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von pro Köln

Thelen
Ausschussvorsitzender

Schnitzler
Schriftführer